

Scholl-Latour lässt sich von Islamisten ehren



Peter Scholl-Latour (Foto) gilt in Gutmenschenkreisen als einer der größten Islam-Experten aller Zeiten, der in Talk-Shows nicht fehlen darf. Sein emsiges Werben für den Islam wurde jetzt mit einem Knochen belohnt: Tariq Ramadan [verlieh ihm](#) gemeinsam mit dem Präsidenten der IGD, El-Zayat, anlässlich des 50-jährigen Bestehens der IGD im Berliner Tempodrom den „Dr. Said Ramadan Friedenspreis für Dialog und Völkerverständigung“.

In Deutschland gilt die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD) als [Vertretung der Muslimbrüder](#) und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Der in Kairo wohnhafte oberste Führer der islamistischen Muslimbruderschaft, Mohammed Mahdi Akef, bezeichnete den Präsidenten der IGD, Ibrahim el-Zayat, in einem ARD-Fernsehbeitrag als „[Chef der Muslimbrüder in Deutschland](#)“.

Die Muslimbruderschaft wurde 1928 in Ägypten gegründet und unterhält weltweit Verbindungen zu radikalislamischen Gruppierungen wie der palästinensischen Hamas oder der algerischen „Islamischen Heilsfront“. Die Bruderschaft versteht den Islam als Lösung aller gesellschaftlichen Probleme und vertritt das Motto: „Der Koran ist unser Gesetz, Dschihad ist unser Weg. Der Märtyrertod ist unser Verlangen.“ Nach Johnsons Recherchen schließen die Muslimbrüder die Anwendung von Gewalt nicht aus, versuchen aber zuerst die

Islamisierung der Gesellschaft mit legalen Mitteln zu erreichen.

Mit diesem Hintergrundwissen, versteht man auch den Satz des IGD-Präsidenten El-Zayat:

El-Zayat betonte in seiner Rede weiter, dass alle wichtigen muslimischen Verbände ein klares Verhältnis zur Gewalt hätten.

Wir haben das nicht bezweifelt, reagieren aber manchmal nicht wunschgemäß:

Dr.Klaus Lefringhausen, Leiter des Annemarie Schimmel Forums, wünschte sich eine intelligente Plattform für den interreligiösen Dialog. Es kann nicht angehen, dass die Sicherheitspolitik und die Terrorhysterie die Themen für den Dialog bestimmen.

Stimmt, wir sollten auf Terroranschläge wie die von New York, Madrid oder London gelassener reagieren und uns Hysterie-frei zerfetzen lassen. Denn das alles hat nichts mit dem Islam zu tun, und Unfälle passieren schließlich alle Tage. Wir sollen aufeinander zugehen und uns von den Muslimen bereichern lassen, die von der Gesellschaft einfach nicht akzeptiert werden und sich immer in der Opferrolle befinden.

Beide Seiten müssen aufeinander zugehen und für mehr Akzeptanz werben. Juristische Erfolge können nicht darüber wegtäuschen, dass diese Akzeptanz in der Gesellschaft noch fehle. Harald Bock, Generalsekretär der Deutsch-Arabischen Gesellschaft beglückwünschte die Muslime für ihr Engagement der letzten Jahre. Vieles sei erreicht worden und darauf dürfe man stolz sein. Der Generalsekretär der Milli-Görus Oguz Ucüncü wollte dennoch einige Missstände beim Namen nennen. Es kann nicht angehen, dass die Bundesärztekammer die Beschneidung muslimischer Jungen verurteile und die

Kindswohl-Debatte auf den Rücken der SchülerInnen ausgetragen werde.

Wie modern man doch ist! Man hat ein I mitten im Wort plaziert. Warum allerdings die Beschneidung der Jungen auf dem Rücken auch der Mädchen ausgetragen wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Geht's vielleicht auch um die Verstümmelung weiblicher Geschlechtsorgane?

Das Wahrheitsministerium fälscht den ganzen Tag lang die Geschichte und im Ministerium für Liebe sind die Folterkeller. Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei und Unwissenheit ist Stärke. Wir sind mitten in „[1984](#)“. Neusprech 2008 klingt so:

Der Islam achtet die Menschenrechte und fordert zur Gleichheit der Menschen auf. Er lehnt jede Form des Rassismus ab. Das Recht auf Freiheit ist ein hohes Gut. Darüber hinaus lehnt der Islam Glaubenszwang ab. Die freie Wahl des Glaubens ist garantiert. Der Islam bietet ein ausgewogenes Konzept von Freiheit geleitet durch ethische Werte und legalen Grenzen wie z.B. keine Gewalt gegen sich oder andere auszuüben.

Der real existierende Sozialismus wies regelmäßig erhebliche Diskrepanzen zur reinen Lehre auf. Im Islam sind die Diskrepanzen zwischen reiner Lehre und Realität nicht vorhanden. Umso krasser allerdings zwischen dem westlichen Verständnis der reinen Lehre und der Realität.

Prof. Islam Al-Attar erinnerte das Publikum über die Notwendigkeit der sozialen Gerechtigkeit, die alle Lebensbereiche umfasse. Man dürfe nicht zufrieden einschlafen, während die Nachbarskinder hungerten oder die Obdachlosen frieren. Islam ist eine humanitäre Religion. Soziale Engpässe zu beseitigen sei genauso wichtig wie die gottesdienstlichen Handlungen.

Da fragt man sich schon, warum die Ölscheichs ihre armen palästinensischen Brüder und Schwestern im Elend hocken lassen...

Scholl-Latour fragt sich das alles nicht. Er freut sich, von solch seriösen Herrschaften geehrt zu werden. Wir gratulieren!

(Spürnase: Herakleitos)



Spiegel & Stern: Bush-Bashing bis zum Schluss



Sie könnens kaum erwarten, die beiden Bush-hassenden Wochenmagazine [Spiegel](#) und [Stern](#), bis der 43. Präsident der Vereinigten Staaten nach achtjähriger Amtszeit im Januar 2009 *endlich* von der Bühne

abtritt. Und so widmen sie in ihren aktuellen Ausgaben dem ungeliebten Texaner, der sich bei seinen politischen Entscheidungen – anders als die meisten europäischen Politiker – nie von der Meinung der Leitmedien hat beeinflussen lassen, [in gewohnter Tradition](#) noch einmal zwei Cover voller Gehässigkeit und Feindseligkeit (siehe oben).

Der Stern schreibt zu seinem Titelblatt:

UNEHRENHAFT ENTLASSEN George W. Bush hat zwei Kriege begonnen und den Staatshaushalt ruiniert. Er hat die Weltgemeinschaft belogen und Folter im Namen der Freiheit angeordnet, das Ansehen Amerikas auf lange Zeit beschädigt. Viele können den Tag kaum erwarten, an dem dieser Präsident endlich seinen Platz im Weißen Haus räumt

Wir haben es schon des öfteren hier auf PI konstatiert: Republikanische US-Präsidenten bzw. -bewerber haben es in unseren stark linkslastigen Medien immer schon schwer gehabt. Umso erfreulicher, dass es ab und zu doch noch Stimmen gibt, die nicht im Mainstream mitschwimmen. So wie zum Beispiel Thomas Fink, der im Magazin „Eigentümlich Frei“ schreibt:

Und jetzt noch etwas über den Cowboy, der bald einsam in den Sonnenuntergang reiten wird: Farewell, Mr. Bush! Er kam leider auch aus der Maschine, aber er hat seinen Job besser gemacht, als es von jedem seiner beiden möglichen Nachfolger zu erwarten ist. Er besitzt menschliche Größe, die den meisten seiner Gegner abgeht. Heute wird ihm für alles die Schuld gegeben. Beschwerst er sich deswegen? Jammert er und zeigt mit dem Finger auf seine unzähligen Feinde? Nein, vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an hat er die öffentliche Schmähung akzeptiert und ist stoisch seinen Weg gegangen. Ich bin sicher: In vier Jahren wird sich die öffentliche Beurteilung seiner Präsidentschaft um 180 Grad gedreht haben. Und diese vier Jahre wird er in seiner nach höchsten ökologischen Standards eingerichteten Ranch gut abwarten

können, während sich Weltenretter Al Gore vielleicht bald Gedanken darüber machen muss, wie er den Strombedarf einer Kleinstadt auf seinem Anwesen weiter decken kann. [Hier der komplette Artikel...](#)

» Davids Medienkritik: [German Media Take a Final Opportunity to Profit from Bush – Declare America Ruined](#)



Mohammed, eine muslimische Erfindung



Der Utrechter Professor für islamisches Denken der Gegenwart, Hans Jansen, hat traurige Kunde für alle Muslime: Mohammed, der Religionsstifter des Islams, ist womöglich [eine literarische Erfindung](#). Jansen glaubt, der Islam sei schon vor der vermuteten Lebenszeit des Propheten (570-632) im arabischen Raum aus theologischen Diskussionen und falschen Interpretationen zusammengezimmert worden.

Um die im Koran gesammelten religiösen Kernbotschaften herum hätten sich innerhalb weniger Jahrhunderte Geschichten angelagert, die schließlich zu einer Biografie Mohammeds zusammengefasst worden seien. Jansens Mohammed-Biografie ist eine Quellenkritik über den Islam.

Das Leben des Propheten zwischen Mekka, Medina und dem von seinen Anhängern unterworfenen übrigen Arabien wurde erst lange nach seinem Tod von zwei Autoren aufgeschrieben; die tieferen Schichten ihrer Texte legt Hans Jansen mit dem Seziermesser des Historikers frei.

Es ging den frühen Biografen demnach um eine Erläuterung rätselhafter Verse aus dem Koran, der Mohammed angeblich vom Erzengel Gabriel offenbart worden war, und dies geschah – wie auch bei großen Teilen der Bibel – nicht in böser Absicht: Ibn Ishâq (8. Jahrhundert) und Ibn Hishâm (9. Jahrhundert) waren Prediger, keine Historiker. „Es gibt wissenschaftliche und religiöse Wahrheiten, und beide stimmen manchmal nicht überein“, schreibt der Autor.

Härter geht er mit seiner Zunft ins Gericht: Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein habe man sich aus den tückischen Quellen Mohammed zurechtgebastelt. Was nicht passen wollte, etwa eine Reise in die sieben Himmel, sei einfach weggelassen worden. „Kaum zu glauben“, verurteilt Jansen dieses Vorgehen, „gab es doch an den Universitäten im selben Zeitraum völligen Konsens in Bezug auf Rotkäppchen, die Odyssee und das Neue Testament“.

Es ist eine herzerfrischende Lakonik, mit welcher der Forscher Glaubensgewissheiten zerstieben lässt – skeptisch, ohne Eifer und manchmal urkomisch: Zu zwei von den Propheten Jona (Altes Testament) und Mohammed durch Bekehrung in letzter Sekunde vor der Zerstörung bewahrten Städten merkt er an: „Es hätte ja, rein theoretisch, auch der Fall sein können, dass nichts geschah, weil Gott beispielsweise nicht böse auf Ninive und Mekka war.“

Mit einemmal wird der heitere Historiker aber sehr ernst und befördert seine Leser wie mit einem Katapult aus dem geheimnisumwitterten Arabien des 7. Jahrhunderts ins Hier und Heute. Wesentliche Elemente des Islams seien von allem Anfang an mit westlichen Werten unvereinbar gewesen: Judenhass, Intoleranz und „Gewalt im Dienste der Religion“. Die Mörder von Ägyptens Präsident Anwar el-Sadat könnten sich auf Mohammed berufen wie auch jene „Märtyrer“, die im Irak Marktfrauen mitsamt ihren Ständen in die Luft sprengen.

*Da schwingt der Ärger des Niederländers über Auswüchse islamischer Militanz im Musterland der Liberalität mit. Die Fälle der bedrohten Autorin Ayaan Hirsi Ali und des ermordeten Filmemachers Theo van Gogh nennt Landsmann Jansen beim Namen. Und nicht genug damit, **dass angesehene Wissenschaftler einen Mohammed konstruierten, der in den ihn verherrlichenden Schriften als Anstifter von 80 Meuchelmorden entlarvt werde** zürnt Jansen.*

*Sie wollten bis heute fast nur das Gute in seiner Person, fiktiv oder echt, sehen: **„Der Eifer, mit dem westliche Autoren das Blut aufwischen, grenzt ans Unbegreifliche. Trotzdem werden sie stets und ständig beschuldigt, den Islam zu kämpferisch und blutrünstig darzustellen.“***

Ein Professor gegen die Dhimmitude: Falls Mohammed eine Erfindung ist, wurde er bewusst als Meuchelmörder konstruiert. Doch auch wenn er nicht erfunden worden wäre, ist die Vergutmenschlichung Mohammeds aus vorseilendem Gehorsam – motiviert durch Angst vor muslimischen Beleidigungsgefühlen – unbegreiflich, die westliche Wissenschaftler, Medien, Autoren, Politiker und Kirchenvertreter an den Tag legen.

PI-Leser: „Ja, es ist ein Unfallort, kein Tatort“



Nachdem sich viele Verschwörungsgerüchte um den plötzlichen tragischen Unfallod des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider rankten, ob nicht vielleicht Fremdeinwirkung im Spiel war ([PI berichtete](#)), erreichte uns jetzt die Nachricht eines Augenzeugen, der sich persönlich sicher ist: Ja, es war ein Unfall. Manchmal ist es für die Hinterbliebenen bei soviel öffentlichem Interesse eben schwierig, einen Unfall als Todesursache zu akzeptieren. Man denke nur an die bis heute andauernden Spekulationen um den [Tod von Lady Diana](#).

Meine lieben Mitleser, Mitdiskutierer,

ich bin ein ungenannt bleibend wollender Augenzeuge. Ich war am Unfallort und habe mir alles genau angesehen. Ja, es ist ein Unfallort, kein Tatort.

Es GIBT klare und deutliche ABS-Bremsspuren. Es GIBT klare und deutliche Spuren des Unfallfahrzeugs. Es gibt klare und deutliche Erdspuren rechts vorne am Fahrzeug (auf Bildern) die mit den Spuren des Unfallhergangs korrespondieren.

Die Thuja-Hecke bestand aus unterarmdicken Stämmen (!) und einem in Heimwerkerqualität (!) ausgeführten Maschendrahtzaun, grün, plastiküberzogen und einem Tragwerk aus Metallvierkantrohren, oben abgedeckt mit angeschweißten

fünf auf fünf Zentimeter Metallplättchen.

Nicht mehr am Unfallort zu sehen war die – wohl wegen einer Erdarbeit am Elektronetz aufgestellte – völlig zerstörte Baustellenabsicherung. Eine ca. vier Zentimeter Ausschürfung der Asphaltdecke erzählt auch etwas über die unglaubliche Wucht, mit der das Unfallfahrzeug dort einschlug.

Die Straße, die aus Klagenfurt – fünf Minuten vom Stadtzentrum entfernt – kommend zur Unfallstelle führt, ist autobahnähnlich, zwei Fahrspuren in jeder Richtung, guter Asphaltbelag. Hier 200 km/h zu fahren ist problemlos möglich, namentlich mit einem Auto wie dem Phaeton. Dann allerdings kommt eine „giftige“ Linkskurve, die in nüchternem Zustand – trotz ABS und ESP – mit 140 (oder auch mit 120) allerdings schon ziemlich grenzwertig wäre. Dort trug es Dr. Haider ja auch aus der Spur, das ist nachvollziehbar und gibt keinerlei Rätsel („wie konnte das passieren???“) auf.

Die „unversehrten“ Begrenzungspfähle sind aus Hohlplastik. Sie sind geknickt – richten sich dann allerdings problemlos wieder auf (wie ein Grashalm). An den entsprechenden Begrenzungspfählen sind dunkle Lack- und Unterbodenschleifspuren. Also auch dort: Alles wie zu erwarten, keine Rätsel.

Zum Unfallverlauf – wie er sich aus den Spuren ergibt: Zu schnelles Einfahren in die Linkskurve, ABS-Bremsspuren gut sichtbar, erster Begrenzungspfahl überfahren, auf das Gras rechts der Fahrspur. Fünfziger-Schild umgefahren, Baustellenschild platt umgefahren, rechts auf eine Art Rampe, DORT bohrt sich die rechte Frontseite in uralt eingewachsenes Gebüsch, verzögert massivst, bringt das Auto im Uhrzeigersinn quer zur Fahrbahn (das quergestellte Fahrzeug rasiert mit dem Heck weiteren Begrenzungspfahl) und lässt das Fahrzeug wohl auch abheben – im übelsten aller möglichen Weisen auf eine „perfekte“ Flugbahn mit dem fahrerseitigen Dach auf die von vierkantigen Metallrohren (das sind die Löcher – da bin ich

sicher) und der Baustellenabsicherung (mit entsprechenden Rohren) „armierte“ Thuja-Hecke. Die wird völlig abrasiert, wobei die Metallteile oder die in Heimwerkerqualität ausgeführte (Stahl-?)Beton-Einfassung des Grundstückes – wahrscheinlich verheerend wie ein „Dosenöffner“ – die Türen aushebelten, die dem Wrack voraus, aber in derselben Flugbahn, dann HINTER dem Wrack zu liegen kamen. Bei über hundert Sachen ist so eine gewaltige Energie im Spiel, wirklich heftig. Eine dieser abfliegenden Türen (?) hat auch noch die – noch nicht sehr alte – Tanne(?)äh, Kiefer oder so – vier Meter über dem Boden abrasiert. Oder es waren Teile der Baustellenabsicherung. Oder es war die Spitze des Wracks, die den Baum unten traf und ihn aber oben brechen ließ. Das Gebüsch davor war auch geknickt/gebrochen – aber schon wieder hergestellt (Grashalm-Effekt...).

Ein Hydrant existiert nicht, auch nicht in der Nähe. Wahrscheinlich hat den „Hydranten“ jemand in die Welt gesetzt, der den Unfallort (nicht Tatort) nicht selbst gesehen hat (wie wohl die übergroße Mehrheit hier...).

Der „Betonpfeiler“ auf den Fotos entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Elektroschaltkasten, der so schräg stand, weil er gerade entsprechend eingegraben/eingebaut werden sollte (Baustelle). Nun ist er eingebaut.

Eindruck insgesamt: Eine Fülle von übelsten Zufällen, die dem Landeshauptmann – verbunden mit massiv überhöhter Geschwindigkeit und dem Alkoholisierungsgrad – wohl auch keine Überlebenschance ließen. Eine Inszenierung halte ich für völlig ausgeschlossen.

Bleibt also nur die Frage: Warum musste Haider soviel trinken? Wie kam es dazu? Der Unfall ist für mich ganz klar ein UNFALL. Und der Alkoholisierungsgrad erklärt sich wohl über die Beziehungsschiene mit Petzner, Familienfest – und einer Menge Eifersucht auf allen Seiten (oder ähnlich starken Gefühlen...)

Viele Grüße von einem treuen PI-ler

Mädchen von Kurde zu Abtreibung gezwungen



Beim 1LIVE [Talkradio Domian](#) (WDR) rief kürzlich eine 19-jährige Deutsche im Studio an, die auf Druck ihres alevitischen Ex-Freundes noch am selben Tag ihr ungeborenes Kind abtreiben lassen wollte. Andernfalls hätte die Familie des Freundes sie, den eigenen Sohn und das Baby vielleicht ermordet... Den erschreckenden Bericht hören Sie [hier](#) nach der einleitenden Musik.

(Spürnase: Peter H.)

Wahlbetrügerin stürzt Hessen ins Chaos

☒ Wahlbetrügerin Andrea Ypsilanti macht nicht nur die

geschwächte SPD für immer unwählbar, sondern stürzt auch Hessen ins Chaos. Eine hauchdünne Mehrheit, in der ihr Vize Jürgen Walter bereits vor der Wahl querschießt, gehalten von einer grünen Partei, die für zwei Ministerposten bereit ist, alle grundlegenden Positionen zu verraten, wie sie es vom Afghanistankrieg bis zum Kraftwerksbau in Hamburg stets getan hat. Das ganze marode Gebilde am Leben erhalten vom Wohlwollen der Stasipartei, die damit die volle Kontrolle über die hessische Politik erlangt ohne die geringste Verantwortung zu übernehmen. Ein Traum für Lafontaines SED-Genossen und ein Albtraum für die hessischen Bürger, die die Zeche für den bauchbestimmten Putsch aus dem Rotweingürtel am Ende bezahlen werden.

Die [Financial Times Deutschland](#) veröffentlicht eine Presseschau die zeigt, dass selbst die deutsche Linkspresse kaum Vertrauen in den Ausgang des hessischen Wahlbetruges setzt:

„Frankfurter Rundschau“

Die künftige rot-grüne Koalition in Hessen wird, sofern sie denn die Wahl im Landtag unfallfrei übersteht, zwei Fesseln zu spüren bekommen, die Landesregierungen typischerweise spüren: mangelnde Kompetenzen und fehlendes Geld. Und zusätzlich legt sie sich eine dritte Fessel selbst an: die Abhängigkeit von einer Linkspartei, die im Landtag mitentscheiden will, aber in der Regierung keine Mitverantwortung übernimmt. Der Spielraum, den die Linke Rot-Grün gewährt, entspricht der Bewegungsmöglichkeit, die eine Fußfessel erlaubt.

„Leipziger Volkszeitung“

Im Windschatten von Finanzkrise und US-Wahlkampf vollzieht sich in Hessen Großes: Die erste rot-grüne Koalition der Bundesrepublik mit Duldung der Linken nimmt Konturen an. Andrea Ypsilanti und Co. haben aus den wochenlangen

Schlagzeilen gelernt, wie man heruntermoderiert, was dem politischen Gegner Munition liefert und wie man Widersacher im eigenen Lager kaltstellt. Das Zittern um die knappe Mehrheit wird dennoch stets bleiben. Bildung, Umwelt und Soziales sollen künftig im Mittelpunkt stehen. Hessen will nicht mehr und nicht weniger als das Musterländle der erneuerbaren Energien werden bei einer Haushaltslücke von 1,5 Mrd. Euro. Ob die Grünen in so einer Ehe glücklich werden? Der Streit um den Flughafenausbau erinnert sehr an Hamburg. Dort hatten die Grünen im Vorfeld das Kohlekraftwerk Moorburg abgelehnt und waren schließlich unter Druck des großen Koalitionspartners CDU eingeknickt.

„Offenbach-Post“

Ypsilanti ist gewarnt. Es wird eine gewagte Hochzeit. Nur wenige Monate ist es her, dass die sozialdemokratische Basis mit Wut und Frust auf die geplante Tolerierung durch die Linke und den Wortbruch reagiert hat. Ob der Machthunger alle Bedenken in der SPD und bei den Grünen, alle Zweifel angesichts der Zugeständnisse oder an der Finanzierbarkeit der ehrgeizigen Politikprojekte vergessen lässt? Ach ja, und dann gibt es da noch den Partner außerhalb der Regierungsverantwortung, die Linkspartei.

„Recklinghäuser Zeitung“ (Marl)

Überraschend ist, dass ausgerechnet Jürgen Walter, Ypsilantis größter Widersacher in den eigenen Reihen und über lange Zeit ausgewiesener Kritiker des rot-grün-roten Abenteuers, dem Kabinett, in das er eingebunden werden sollte, nun doch fern bleibt. Ein Risiko für die Frontfrau der hessischen Sozialdemokraten?

„Mannheimer Morgen“

Vermeintlich unvereinbare Gegensätze von SPD und Grünen speziell beim Ausbau des Frankfurter Flughafens wurden nonchalant überbrückt: Man einigt sich einfach darauf,

uneinig zu sein. Schließlich lautet das alles überragende Motto „Koch muss weg“ und eine derartig günstige Gelegenheit dürften SPD, Grüne und Linke vielleicht nie wieder bekommen. Dieses Fundament mag zur Regierungsübernahme reichen. Zum Regieren bedarf es indes ungleich mehr Substanz. Noch ist nicht zu erkennen, wie SPD und Grüne das inhaltlich wie personell meistern wollen. Zumal angesichts ihrer minimalen Mehrheit jede Abstimmung im Landtag zur existenziellen Zitterpartie wird.

„Allgemeine Zeitung“ (Mainz)

Sie wollen es, auf Biegen oder Brechen, und was sie eisern zusammenhält, ist die erbitterte politische Gegnerschaft zu Roland Koch; bisweilen ist es fast schon Hass, der da in der Luft liegt. SPD und Grüne in Hessen sind sich nun also über eine Koalitionsregierung einig, was Wunder. Die Rigorosität, mit der Andrea Ypsilanti zu Werke geht, ist überaus bemerkenswert. Sie tanzt, bildlich gesprochen, auf einer Rasierklinge, übernimmt für diesen Balanceakt aber wenigstens das persönliche Risiko. In der Sozialpolitik stellt die Linkspartei utopische Forderungen, in der Außen- und Verteidigungspolitik ist sie ein Sicherheitsrisiko. Bei Lichte besehen ist mit einer solchen Partei kein Staat zu machen. Ypsilanti will es dennoch; dass sie dafür ihr Wort bricht, das sie den Wählern gab, muss sie mit ihrem Gewissen ausmachen.

„Märkische Allgemeine“ (Potsdam)

Fürs Erste ist es geschafft. SPD und Grüne in Hessen haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Die Knackpunkte waren zum Schluss die Flughäfen Frankfurt/Main und Kassel-Calden. Der Rhein-Main-Flughafen soll weiter ausgebaut werden und Kassel-Calden, bislang mehr ein Hobby-Flugplatz, soll zunächst modernisiert und ertüchtigt werden. Nun dürfen die Grünen hoffen, dass die anstehenden Gerichtsentscheidungen weitere Pläne verhindern. Ansonsten droht ihnen ein

erhebliches Argumentationsproblem an ihrer Basis. Sie könnte die Koalition dann platzen lassen. Und die Linkspartei ist sowieso ein Unsicherheitsfaktor. Wer weiß schon, wie lange die Treueschwüre einer Partei halten, die keinen Ministerposten innehat und der der Raum für die eigene Profilierung fehlt.

„Thüringer Allgemeine“ (Erfurt)

Die Linke kann sich darauf freuen, in Hessen den Daumen auf die Waage zu legen. Ein Augenaufschlag genügt, um die erwartete rot-grüne Minderheitsregierung jäh im Schritt innehalten zu lassen. Mit dem Experiment der Duldung durch die Partei des Erzfeindes Lafontaine machen sich aber nicht nur die hessischen Sozialdemokraten zu Probanden. Auch die SPD-Zentrale in Berlin muss sich im Wahljahr auf die Zehenspitzen stellen, um nicht inmitten des Bundestagswahlkampfes die Wiesbadener Koalition wie eine Bombe platzen zu lassen. Kochs Hohnlachen würde bis in den letzten deutschen Winkel dringen.

„Rhein-Zeitung“ (Koblenz/Mainz)

Andrea Ypsilanti hat eine weitere große Hürde auf dem Weg zur Wahl als hessische Ministerpräsidentin genommen. Es wäre die erste Minderheitsregierung unter Duldung der Linkspartei in einem westdeutschen Bundesland. Dass es dazu kommt, dürfte kaum noch abzuwenden sein. Aber der Wortbruch (Niemals mit den Linken) wird an Ypsilanti kleben bleiben. Ob Koch und die Union daraus Kapital schlagen können, hängt von der weiteren politischen Entwicklung in Hessen ab. Funktioniert der Tabubruch ohne große Reibereien, verliert er auch seinen Schrecken für die anstehende Bundestagswahl. Die Berliner Vorzeige-Genossen Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier werden dann allerdings schwerlich argumentieren können, warum sie mit den Linken im Bund partout nichts zu tun haben wollen.

„Lübecker Nachrichten“

Andrea Ypsilanti wird es im Falle ihrer Wahl zur Regierungschefin schwer haben. Sie macht sich von einer bunt schillernden Schar abhängig, die nicht in die Verantwortung der Regierung genommen wird, aber von außen ständig mitbestimmen kann. Ein Experiment. Wie es für Hessen ausgeht, ist offen. Die Wirkung für den Rest der Republik ist absehbar. Das Eis für Rot-Rot ist nun auch im Westen gebrochen. Im Fahrwasser von Ypsilanti werden weitere SPD-Landespolitiker folgen. Nur eins schwimmt dabei. Warum in der Bundespolitik weiter undenkbar sein soll, was in den Ländern gut vorstellbar wird.

Keine Frage, statt Musterländle für Öko-Scharlatane – Wirtschaftspolitik wird ja ausdrücklich aus dem Regierungsprogramm der Wahlbetrügerin ausgeklammert – wird Hessen unter Ypsilanti einen grandiosen Absturz erleben. Alles, was unter der erfolgreichen Regierung Koch an Verbesserungen in Hessen erreicht wurde, ist jetzt der Zerstörung durch destruktive kommunistische Kräfte preisgegeben. Den Bürgern wird es eine Lehre sein und für die Zukunft der hessischen SPD der letzte Sargnagel.

INSSAN **gestoppt:**
Baugrundstück weggeschnappt



INSSAN, ein [Arm der Muslimbruderschaft](#), wollte in Berlin-Charlottenburg einen Moschee-Komplex errichten ([PI berichtete mehrfach](#)). Mit der Begründung, dass der Bebauungsplan diesen nicht ermöglichen würde und eine Änderung mindestens ein Jahr dauern würde, lehnte Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler (Foto, CDU) gegen den erbitterten Widerstand fast des gesamten Bezirksamtes die [Pläne des muslimischen Vereins ab](#). Jetzt wurde das Baugrundstück an Parteikollegen verkauft. Die [taz wittert Verrat](#), INSSAN übt sich in Selbstmitleid.

Ein CDU-Mann schnappt einem islamischen Verein ein Grundstück vor der Nase weg – und verhindert so den Bau einer Moschee in Charlottenburg-Wilmersdorf. Purer Zufall? Sozialdemokraten und Grüne im Bezirk fordern Aufklärung.

Aufklärung? Wofür? Noch hat der Verkäufer das Recht, selbst zu entscheiden, wem er was verkauft. Er braucht weder die Grünen, noch die taz, noch die SPD zu fragen. Und er darf das sogar, wenn Moslems dann beleidigt sind

Welche Rolle der Beiersdorf AG, der das Grundstück vorher gehörte, bei dem Geschäft spielt, ist unklar. „Wir haben an die verkauft, die uns das beste Angebot gemacht haben“, sagt Unternehmenssprecherin Claudia Fasse. Imran Sagir widerspricht: „Wir hätten mehr bezahlt als 2,8 Millionen Euro.“ Er habe aber von dem Verkauf erst im nachhinein erfahren. „Beiersdorf hat nicht mit uns darüber gesprochen, ob wir mehr bieten wollen.“

Und wenn Beiersdorf will, darf Beiersdorf auch verschenken –

sogar ohne Rücksprache mit Allah und INSSAN.

Mehr als ein Jahr lang hatte sich der muslimische Inssan-Verein vergeblich darum bemüht, vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf grünes Licht für den Bau einer Moschee zu bekommen. Im April schnappte ihm ein Käufer das gewünschte Grundstück vor der Nase weg. Die taz hat nun in Erfahrung gebracht, wer auf diese Weise den Moscheebau verhinderte: Hartmut Kalleja, Vorsitzender der CDU Hermsdorf, zahlte zusammen mit drei anderen Personen rund 2,8 Millionen Euro für das Grundstück.

Ein Geschäft mit einem schalen Beigeschmack: Hat die CDU die Inssan-Pläne torpediert, indem erst der CDU-Baustadtrat Klaus-Dieter Gröhler das Bauantragsverfahren verschleppte, bis einer seiner Parteifreunde das Grundstück kaufte?

Im Frühjahr 2007 hatte der muslimische Verein erstmalig beim Bezirk Interesse an einem Moscheebau angemeldet. Das Verfahren zog sich. Eine Bürgerinitiative machte unterdessen Stimmung gegen das Projekt. CDU-Stadtrat Gröhler kam nach längerer Prüfung zu dem Ergebnis, dass der Bebauungsplan eine Moschee auf dem Grundstück in der Kepplerstraße nicht erlaubt. Doch noch bevor die rot-grüne Mehrheit im Bezirksparlament die Möglichkeit hatte, den Plan zu ändern, war das Grundstück an einen der Öffentlichkeit damals Unbekannten verkauft.

Hat Gröhler das Verfahren mit Absicht verschleppt? Der Stadtrat war am Freitag im Urlaub und für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Im Mai hatte er sich jedoch im Bezirksparlament verteidigt: „Wir haben an der Stelle nichts verzögert.“ Es sei schließlich um eine Moschee mit Kulturzentrum, Kindergarten, sozialen Einrichtungen und Wohnungen gegangen. Das habe man nicht „mal irgendwie im Schnelldurchlauf genehmigen“ können. Das Bezirksamt habe jedenfalls alle vorgegebenen Fristen eingehalten, so der Stadtrat. „Das Verfahren hat länger gedauert als ursprünglich

von Gröhler angekündigt“, hält allerdings der SPD-Bezirksverordnete Robert Wolf dagegen.

Dadurch konnte ein Christdemokrat zuschlagen: Grundstückskäufer Kalleja ist nicht nur Vorsitzender der CDU Hermsdorf, sondern auch Chef des CDU-Forums für Bau, Stadtplanung und Verkehr. Er gehört zudem zur Geschäftsleitung eines Ingenieurbüros. Das Grundstück erwarb er zusammen mit zwei Kollegen aus dem Büro und einer vierten Person. Auf eine taz-Anfrage, warum er das Grundstück kaufte und was er jetzt damit vorhat, reagierte er am Freitag nicht.

Politiker im Bezirk sind überrascht, dass sich ein CDU-Mann das Grundstück gesichert hat. „Das wirft Fragen auf“, sagte SPD-ler Wolf. Natürlich sei damit noch nichts bewiesen. „Aber das muss jetzt politisch aufgeklärt werden.“ René Wendt, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bezirk, wird deutlicher: „Die CDU hat offenbar Vorbehalte gegen einen Moscheebau und weiß sich nicht anders zu helfen als das mit solchen Mitteln zu verhindern“, sagt er. Er will jetzt Akteneinsicht nehmen.

Was sind das denn für Mittel? Etwa illegale? Nein, aber es ist bezeichnend, wie die Linken sich für Verfassungseinde stark machen.

Die Verfassungsfeinde selbst reagieren wie üblich, mit moslemischem Selbstmitleid.

Der Inssan-Vorsitzende Imran Sagir ist weniger überrascht. Er sagt, die ganze Sache sei „bezeichnend für den Umgang mit Muslimen“.

Uns kommen die Tränen.

Es sei fairer gewesen, wenn man offen gesagt hätte, dass man sie dort nicht haben wolle.

Wie offen noch?

(Spürnasen: berlinberlin und crashtest-dhimmi)



Stoppt Liebesgrüße aus Duisburg in die Türkei



Präses Schneider von der evangelischen Kirche im Rheinland freut sich auf die [Moschee-Eröffnung](#) in Duisburg ([PI berichtete](#)) und hofft, das Miteinander in Marxloh werde „[auch bis in die Türkei ausstrahlen](#)“. Genau dies ist leider [zu befürchten](#), wenn sich morgen keiner wehrt. Ralph Giordano ruft in einem in *der Welt* [veröffentlichen Gastkommentar](#) zum Widerstand auf und einige wenige mit ihm.

Präses Schneider hat bereits [gestern angekündigt](#), was er morgen gerne sagen würde. Natürlich gilt erst das gesprochene Wort und der Präses hat noch 24 Stunden Zeit, seine Meinung zu ändern. Aus seiner Rede hier ein paar Auszüge:

Mit dieser prachtvollen Moschee signalisieren Sie: wir treten heraus aus den Nischen der Gesellschaft, heraus aus den Provisorien, in denen wir jahrzehntelang gebetet und uns versammelt haben. Wir sind auch mit unserem Glauben hier in Duisburg, in Deutschland angekommen. Wir sind hier zu Hause! Und wir wollen uns auch mit allem, was uns ausmacht, in diese Gesellschaft einbringen.

Der Präses freut sich darüber, dass der Islam in Deutschland so wunderbar heimisch geworden ist. Assimilation wäre ja auch wirklich zu viel verlangt. Da hilft die evangelische Kirche lieber, den „muslimischen Glauben stärken“.

Das ist sicherlich das Besondere an diesem Moscheeprojekt, dass sie beidem Raum geben will: der Wahrung des Glaubens einerseits sowie der Bildung und der Begegnung andererseits. Beides will einführen und ermutigen zum Leben hier in Deutschland, zur Integration ohne Assimilation. Die Aufgabenstellung lautet also: den eigenen muslimischen Glauben stärken und zugleich eine Brücke sein zur deutschen Gesellschaft.

Gegen den Bau der Duisburger Moschee, der größten in Deutschland, regte sich anders als in anderen Städten kaum Widerstand. Dies dank besonders geschickten DialÜGs.

Von Anbeginn des Projektes haben Sie als Verantwortliche offen und transparent über das Vorhaben berichtet, insbesondere sind Sie auf viele Menschen in den Stadtteilen und Nachbarschaften, Kirchengemeinden, Schulen und Kindertagesstätten zugegangen, um sie als Bündnispartner für dieses Projekt zu gewinnen.

Hier sind sicherlich die Gründe zu suchen, dass dieser Moscheebau anders als in anderen Städten nicht von lauten Protesten begleitet war, sondern eine breite Unterstützung

aus Politik, Kirchen und Zivilgesellschaft erfahren hat. Und ich möchte mich bei allen, die daran mitgewirkt haben recht herzlich bedanken. Einen sichtbaren Ausdruck findet dies in der breiten Beteiligung an der heutigen Feier.

Natürlich gefällt das Moscheebauprojekt nicht allen in der evangelischen Kirche und außerhalb. Die Gegner müssen nach Ansichten des Präses eben erst lernen, sich der neuen Situation anzupassen. Leere Kirchen machen Christen traurig. Warum sie dann nicht gleich als Moschee nutzen? Solche „Ideen“ sind nicht einmal neu. Die Christen wollen nicht mehr Christen sein, also warum werden wir nicht gleich...?

In diese Freude heute mischen sich freilich auch Stimmen, vielleicht nicht so laute Stimmen, die den Moscheebau nicht mit guten Gefühlen begleiten. Die sollten wir gerade heute nicht überhören. In unseren eigenen evangelischen Gemeinden gibt es zum Beispiel Menschen, die da fragen: wie kann das denn sein, dass wir Kirchen schließen müssen, unsere Gemeinden kleiner werden und gleichzeitig große Moscheen gebaut werden. Es sind Menschen, die mit diesem Wandel nicht so ohne Weiteres klar kommen. Hier überwiegen Skepsis und Trauer. Diese Menschen gilt es nicht zu verlieren, sondern mitzunehmen auf den gemeinsam zu gestaltenden Weg.

Islam ist natürlich Frieden.

Wenn wir so voneinander wissen und dieses Wissen in unser Handeln einfließen lassen, dann wird diese Moschee mit Begegnungsstätte tatsächlich das werden, was wir uns alle erhoffen: ein Zeichen des Friedens für Duisburg, ein Zeichen des Friedens für die Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion, ein Zeichen des Friedens für alle Menschen, die sich hier begegnen.

Präses Schneider hofft, das „Miteinander von Kirchen und

Moschee in Marxloh“ werde auch in anderen Städten Deutschlands und NRWs den Widerstand brechen, er denkt da vermutlich in erster Linie an Köln. In der Dhimmitude liegt die fromme Hoffnung, die Türkei würde sich im Gegenzug um mehr Religionsfreiheit im eigenen Land kümmern.

Im Namen der Evangelischen Kirche im Rheinland möchte ich Sie Herr Prof. Bardakoglu und Herrn Botschaftsrat Arslan als Vertreter der Türkei herzlich bitten, in Ihren Bemühungen um mehr Religionsfreiheit in der Türkei nicht nachzulassen. Vielleicht kann das Miteinander von Kirchen und Moschee in Marxloh nicht nur in andere Regionen Nordrhein-Westfalens und Deutschlands ausstrahlen, sondern bis in die Türkei?

Präses Schneider hält – wie viele Kirchenfunktionäre – Allah für identisch mit dem jüdisch-christlichen Gott.

Bei allen Unterschieden im Glauben teilen wir mit Ihnen als Muslimen den Glauben an den einen Gott, der die Welt geschaffen hat und der uns in die Verantwortung stellt, diese uns geschenkte Welt gemeinsam zu gestalten. Als Zeichen dieser Verbundenheit möchte ich Ihnen für Ihr Islam-Archiv gerne einen Goldfarbdruck der ersten Seite der berühmten Gutenberg – Bibel aus dem Jahr 1452 mit dem biblischen Text des ersten Schöpfungsberichtes überreichen.

In Anbetracht der Tatsache, dass Bibeln in manchen islamischen Staaten unter Todesstrafe verboten und Illustrationen heiliger Schriften, wenn es sich nicht gerade um arabische Textornamente handelt, sowieso verboten sind, ist äußerst fraglich, wie dieses Geschenk in Empfang genommen wird. Vielleicht wird die Gutenberg-Seite einmal ein Marxloher Freudenfeuerchen zieren.

Dhimmitude, wie die hier vorgestellte, hat – wie von den Moschee-Befürwortern auch erhofft – eine fatale Signalwirkung auf ganz Deutschland. Ralph Giordano deutet – nach seinen

Ausführungen in der WAZ ([PI berichtete](#)) – gestern in einem [Gastkommentar in der Welt](#) **den Duisburger Prachtbau als Anspruch einer Minderheit auf Macht und Einfluss, der nicht für Frieden, sondern im Gegenteil für Unfrieden zwischen den Religionen sorgt.** Giordano fordert einen sofortigen Baustopp für solch repräsentative Bauwerke. Er schreibt:

Am 26. Oktober 2008 soll in Duisburg die bisher größte Moschee auf deutschem Boden eröffnet werden – ein Anspruch auf Macht und Einfluss, ein verräterischer Schritt zu weit nach vorn, ein Zeichen tief integrationsfeindlicher Identitätsbewahrung. Zwischen der viel beschworenen Hinterhofmoschee und zentralen Großmoschee hätte es viele Abstufungen ohne den Abschreckungseffekt des Duisburger Modells gegeben.

Das aber ist nur die Ouvertüre, sollen nach dem Willen der türkischen Religionsbehörde in Ankara, Dyanet, doch weitere 200 muslimische Sakralbauten in der Bundesrepublik mit ähnlichen Dimensionen folgen.

Gegen diese Pläne, die Deutschland in eine Plantage von Großmoscheen verwandeln würden, rufe ich zum öffentlichen Widerstand auf! Wie auch gegen die erschreckende Blindheit und den Opportunismus der politischen Klasse gegenüber den unübersehbaren Zeichen einer schleichenden Islamisierung.

Viele der bereits bestehenden über 2000 muslimischen Gebetshäuser sind sogenannte Fathi-Moscheen, das heißt benannt nach osmanischen Eroberern und Unterdrückern wie Mehmet oder Suleiman – und nicht nach muslimischen Künstlern, Wissenschaftlern oder Dichtern.

Solange der Islam den Beweis schuldig bleibt, dass er mit Demokratie, Meinungsvielfalt, Pluralismus und Gleichstellung der Frau vereinbar ist, so lange spiegeln Megamoscheen in Deutschland nicht die Wirklichkeit der Migrations- und Integrationsproblematik wider.

Meine Einmischung in diesen Konflikt richtet sich nicht, wie mir immer wieder unterschoben wird, gegen die Muslime in Deutschland – würde das doch eine Homogenität vortäuschen, die die Verbandsfunktionäre fälschlicherweise immer wieder reklamieren. Meine Einmischung richtet sich vielmehr gegen alle, die ein anderes als das demokratische Deutschland im Sinne haben.

Es wird Zeit, dass sich die Öffentlichkeit an der Seite kritischer Muslime daranmacht, die Hypothek deutscher Umarmen, Gutmenschen vom Dienst, Multikulti-Illusionisten, Sozialromantiker und Beschwichtigungsprofis zu überwinden. Wo sind wir denn, dass wir in die Knie gehen vor jenen offenbar jederzeit abrufbaren Zorn- und Empörungskollektiven zwischen Istanbul und Jakarta, wie sie uns durch den Streit um die dänischen „Mohammed“-Karikaturen so drastisch vor Augen geführt worden sind?

Der Stopp von Großmoscheebauten wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu einem gedeihlichen Verhältnis zwischen Mehrheitsgesellschaft und türkisch dominierte muslimische Minderheit. Eine Alternative dazu gibt es nicht.

Eine große Protestkundgebung für morgen ist nicht geplant. Dennoch treffen sich (unabhängig von PI) ein paar Leute in Duisburg, denen sich PI-Leser gerne anschließen dürfen. Aus dem Einladungsschreiben:

*Zu unserer kritischen Begleitung der mit höchstem NRW-Regierungs- und Kirchenvertreter-Besuch beglückten feierlichen Moschee-Eröffnung zu Duisburg-Marxloh am Sonntag um 13.30 Uhr (Programmbeginn) treffen wir uns, besorgte und islamkritische Bürger aus den (Nachbar-)Städten, **spätestens um 11.30 Uhr am Rande der Duisburger Innenstadt**, am Rande/Sitzgruppe des großen Platzes vor dem THEATER AM MARIENTOR (früher Les Misérables), bei Regen unter der Hochbrücke direkt daneben, zunächst zur Besprechung beim*

Café-Besuch in der Nähe.

Es wird vorgeschlagen, themenbezogene Gedankenanstöße und Banner mitzubringen. Leser, die bei dieser Aktion mitmachen wollen, werden gebeten, den Anlass mit Fotos zu dokumentieren. Für mehr Infos zur „kritischen Begleitung“ bitte Emails senden an: durchblixas@online.ms



Köln: „Freiheit für A. Öcalan“



Seit knapp einer Woche sind auf dem Kölner Neumarkt, mitten im Stadtzentrum, Zelte aufgebaut, in denen für den Führer der kurdischen Untergrundorganisation PKK, Abdullah Öcalan, demonstriert wird. Bekanntlich wurde Öcalan 1999 in der Türkei wegen Hochverrats, Bildung einer terroristischen Vereinigung, Sprengstoffanschlägen, Raub und Mord zum Tode verurteilt.

Es interessiert sich kaum ein Kölner für die Terroristen-

Werbung auf dem größten freien Platz in der Kölner Innenstadt, nur die Polizei spaziert ab und zu teilnahmslos über den Platz.

Zur Erinnerung: Pro Köln wollte für den Anti-Islamisierungskongress zunächst ebenfalls Zelte aufstellen, nachdem die Stadt keine Räume dafür zur Verfügung gestellt hat und Hotels und Gaststättenbetreiber dazu angestiftet hat, ebenfalls keine Räume dafür zu vermieten. Pro Köln wäre sogar mit einem Zelt auf den Poller Rheinwiesen zufrieden gewesen ... auch das war nicht möglich. Ausländische Extremisten aber dürfen ihre politischen Streitigkeiten im Herzen Kölns austragen.

Deutschland hat fertig!